

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: - (2015)
Heft: 1: Bundesbern unter Strom

Artikel: "Die Richtung stimmt. Ob das Tempo reicht, ist eine andere Frage."
Autor: Brand, Rafael / Bruderer-Wyss, Pascale
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586103>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Die Richtung stimmt. Ob das Tempo reicht, ist eine andere Frage.»

In der Wintersession 2014 hat der Nationalrat die bundesrätliche Energiestrategie 2050 fast unverändert gutgeheissen. Es ist ein erster kleiner Schritt Richtung Energiezukunft. Der Nationalrat hat allerdings nur den halben Atomausstieg beschlossen. Die Ständerätin Pascale Bruderer-Wyss zieht fürs E&U Bilanz zur nationalrätlichen Energie-debatte.

Interview von **RAFAEL BRAND**
E&U-Redaktor, info@scriptum.ch

E&U: Bundesrätin Doris Leuthard hat sich mit der Energiestrategie 2050 fast auf der ganzen Linie durchsetzen können: Wie ist Ihre Bilanz zur Energie-debatte im Nationalrat?

« Der Nationalrat hat aus meiner Sicht gute Arbeit geleistet und die Weichen ganz klar in Richtung Energiewende gestellt. Energiewende bedeutet sowohl den schrittweisen Atomausstieg als auch eine massive Reduktion des Verbrauchs fossiler Energien. Langfristiges Ziel ist somit der Umstieg auf eine Vollversorgung aus erneuerbaren Energien – verbunden mit griffigen Massnahmen für mehr Effizienz. »

E&U: Mit dem ersten Massnahmenpaket lassen sich – wie Bundesrätin Leuthard eingesteht – die gesetzten Ziele lediglich zu etwa 40% erreichen: Geht es mit der Energiestrategie trotzdem in die richtige Richtung?

« Die Richtung stimmt. Ob das Tempo reicht, ist eine andere Frage. Die Energiewende kann nur gelingen, wenn sie von einer nachhaltigen politischen Mehrheit getragen wird, wenn es ein echtes Miteinander von Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik gibt und wenn die Bevölkerung aktiv miteinbezogen wird. Das braucht seine Zeit, auch etwas Geduld sowie vor allem Transparenz. Nichtsdestotrotz: Das erste Mass-

nahmenpaket ist ein wichtiger und unabdingbarer Schritt hin zu einer Energieversorgung, die Mensch und Umwelt möglichst geringen Risiken aussetzt und gleichzeitig Versorgungssicherheit ermöglicht.

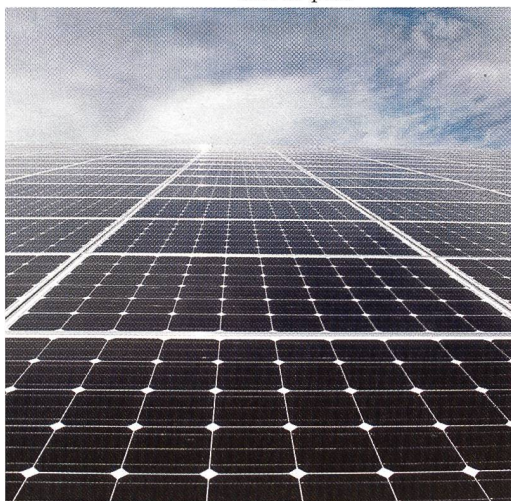
Dieser erste Schritt ist nicht nur aus politischer Sicht ein Meilenstein, sondern auch für die Wirtschaft von grosser Relevanz, denn er schafft Planungs- und Investitionssicherheit. »

E&U: Die Gegner der Energiestrategie kritisieren, dass die Ziele nicht realistisch, sprich zu ambitioniert und mit den beschlossenen Massnahmen nicht zu erreichen sind. Wie entgegnen Sie dieser Kritik?

« Die Ziele sind tatsächlich ambitioniert, ja. Sie sind aber realistisch – sofern die nötigen Massnahmen ergriffen werden. Dazu gehören einerseits die Förderinstrumente für die Nutzung erneuerbarer Energien, wobei den Einspeiseprämien eine besonders wichtige Rolle zukommt. Andererseits wird die Effizienz eine Schlüsselrolle spielen: Rund ein Drittel des produzierten Stroms geht heute ohne Nutzen verloren. Wie gross das diesbezügliche Potenzial ist, zeigt sich bei den Gebäuden: Rund 1,5 Millionen Liegenschaften in der Schweiz entsprechen nicht den heutigen energetischen Standards und gelten als sanierungsbedürftig. Auch das Gebäudeprogramm sowie die Anpassungen bei den MuKen (Mustervorschriften der Kantone) sind daher zentrale Bestandteile der Energiestrategie. »

Foto: Scriptum

Fotos: fotolia.com





Pascale Bruderer-Wyss lebt mit ihrer Familie in Nussbaumen bei Baden. Als 24-jährige SP-Politikerin wurde sie zur jüngsten Nationalrätin und im November 2009 zur jüngsten Nationalratspräsidentin gewählt. Seit Dezember 2011 ist sie Ständerätin für den Kt. Aargau und Mitglied der Kommissionen für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK-S).

E&U: Mit welchen Entscheiden, respektive Massnahmen des Nationalrats sind Sie besonders zufrieden? In welchen Bereichen glauben Sie, ist die Schweiz damit gut unterwegs in Richtung Energiewende?

« Positiv sind das Neubauverbot für AKW sowie das Wiederaufbereitungsverbot für abgebrannte Brennelemente. Betreffend Förderung der Erneuerbaren halte ich insbesondere die vorgesehene Ausgestaltung der Einspeiseprämie für richtig und wichtig, auch deren Erhöhung auf 2,3 Rp./kWh. Bei der heiklen Abwägung zwischen Schutz- und Nutzinteressen bei der Förderung erneuerbarer Energien scheint mir die angepeilte Gratwanderung erfolversprechend: Sie lässt den Bau neuer Energieanlagen zu, ohne gleichzeitig die «Kronjuwelen» unseres Landes zu gefährden. Positiv zu bewerten sind zudem die Bestimmungen zu den CO₂-Emissionen von Personenwagen und Lieferwagen sowie die beschlossenen Massnahmen zur langfristigen Verminderung der CO₂-Emissionen bei Gebäuden. »

E&U: Das beschlossene Massnahmenpaket wird den durchschnittlichen Haushalt mit 4000 kWh Stromverbrauch rund 100 Franken pro Jahr kosten. Der Start zur Energiewende scheint gut bezahlbar: Weshalb ist die Energiewende ein Gewinn?

« Die Energiewende ist unter dem Strich ein Gewinn für alle Menschen in der Schweiz, weil sie langfristig eine sichere und bezahlbare Energieversorgung ermöglicht. Sie erhöht die energiepolitische Autonomie der Schweiz, indem sie unsere Abhängigkeit von geopolitischen Risiken in anderen Weltregionen reduziert. Die Energiewende macht viele BürgerInnen zu EnergiewirtInnen, das stärkt die demokratische Mitgestaltung und die Kontrolle betreffend Energiebe-

Atomkraft ist eine Hochrisikotechnologie. Es ist offensichtlich, dass der Ausstieg aus der Atomkraft verbindlich geregelt werden muss.

reitstellung und -versorgung. Wichtig scheint mir aber auch die volkswirtschaftliche Perspektive: Die Energiewende schafft langfristig sichere und attraktive Arbeitsplätze und fördert die Innovationskraft. Sie führt zu einem sinkenden CO₂-Ausstoss und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der negativen Folgen des Klimawandels. »

E&U: Der Nationalrat will den Atomausstieg nicht besiegeln und festlegen: Beznau I + II gehören zu den ältesten AKW weltweit und sollen während 60 Jahren betrieben werden. Gösgen und Leibstadt dürfen quasi «unendlich» weiterlaufen, so lange sie sicher sind. Wie ist Ihre Meinung dazu? Welche Bedenken haben Sie diesbezüglich?

« Atomkraft ist eine Hochrisikotechnologie, das hat uns die Katastrophe von Fukushima einmal mehr vor Augen geführt. Besonders störend ist die Tatsache, dass die Atomkraft indirekt massiv subventioniert wird, indem der Staat beispielsweise die finanziellen Risiken im Falle eines GAUs zu weiten Teilen selber tragen muss. Bekanntlich versichert keine Versicherung der Welt ein AKW – aus guten Gründen. Atomkraft hinterlässt den kommenden Generationen für Hunderttausende von Jahren gefährlichen Müll und wir sind weit davon entfernt, über eine Lösung für die Lagerung zu verfügen. Angesichts dieser Ausgangslage ist es offensichtlich, dass der Ausstieg aus der Atomkraft verbindlich geregelt werden muss. Dass mit dem vom Nationalrat beschlossenen Langzeitbetriebskonzept gewisse Auflagen gemacht werden, begrüsse ich daher. Denn längere Laufzeiten halte ich für sehr problematisch, wenn nicht höchste Sicherheitsanforderungen damit verbunden werden. »

E&U: Der Ständerat wird sich frühestens im Juni mit der Energiestrategie befassen: Wo müsste der Ständerat Ihrer Meinung nach unbedingt nachbessern, respektive griffigere Massnahmen beschliessen als der Nationalrat?

« Im Detail halte ich Verbesserungen zwar für möglich, zum Beispiel betreffend Weiterentwicklung des nationalrätlichen Stromsparmodells, basierend auf einem Bonus-/Malussystem. Dennoch wird es im Ständerat realistischerweise vor allem darum gehen, die vorgegebene Linie zu halten und mit einer grundsätzlichen Zustimmung zur Vorlage die nötige Planungssicherheit und Verbindlichkeit zu schaffen.

Denn die Energiewende ist eine grosse Chance für die Bevölkerung und die Wirtschaft in unserem Land – auch und gerade angesichts der aktuellen währungs- politischen Herausforderungen. »